

# Neue Zürcher Zeitung

## G-20 forciert Steuerinitiativen

20.07.2013

## Global Forum soll automatischen Informationsaustausch kontrollieren



**Die G-20 hat sich in Moskau hinter die Steuerinitiativen der OECD gestellt. Ein globaler Standard für den automatischen Informationsaustausch soll bis 2014 definiert werden. Über wichtige Details wurde bereits eine Einigung erzielt.**

*Peter A. Fischer und Benjamin Triebe, Moskau*

Am Samstag haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der 20 grössten Industrie- und Schwellenländer (G-20) eine Erklärung verabschiedet, in welcher der am Freitag vorgestellte zweijährige Aktionsplan der OECD gegen die Aushöhlung der Bemessungsgrundlage und Gewinnverschiebung in der Unternehmensbesteuerung (Base Erosion and Profit Shifting; BEPS) «vollständig gutgeheissen» wird.

An den Formulierungen des Abschlusscommuniqués zu Steuerthemen und dem automatischen Informationsaustausch (AIA) ist auf technischer Ebene bis in die frühen Morgenstunden hinein gerungen worden. Erwähnt wird in dem Communiqué zudem ein Mechanismus, mit dem der Plan, den die OECD als fundamentalste Änderung des internationalen Steuersystems seit den 1920er Jahren bezeichnet hatte, weiter angereichert werden kann. Dem Vernehmen nach unter anderem auf Betreiben Chinas und der Schweiz wurde aber ein Passus aufgenommen, in dem es zu den Steuerplänen heisst, «das Paradigma der Souveränität müsse berücksichtigt bleiben».

### **Umfassender AIA**

Finanzminister Anton Siluanow als Vertreter der russischen G-20-Präsidentschaft bezeichnete die Vorschläge am Samstag als wichtigstes Ergebnis des Ministertreffens. Uneingeschränkte

Unterstützung äussern die G-20-Länder auch «für den Vorschlag der OECD für ein wirklich globales Modell für den multilateralen und bilateralen automatischen Informationsaustausch». Gefordert wird ein Fahrplan, um die Arbeiten dazu 2014 zu vollenden. In Verhandlungen in Moskau gelang bereits eine Einigung darauf, dass es nur einen einheitlichen Standard für den AIA geben soll, der sich stark an die Bestimmungen der US-Fatca nach deren Modell 1 anlehnt (die Schweiz hat mit den USA eine Umsetzung nach Modell 2 vereinbart).

Unter diesem Standard sollen zwischen Steuerämtern Informationen nicht nur über Zinsen, sondern auch über Dividenden, Einkünfte auf gewissen Versicherungsprodukten, Erlöse aus dem Verkauf von Finanzanlagen und andere Vermögenserträge sowie Kontostände automatisch ausgetauscht werden. Die OECD will eine technische Plattform entwickeln, die sicherstellt, dass dabei die Daten der Bankkunden vertraulich behandelt werden. Die Voraussetzungen für einen globalen AIA sollen mit einer multilateralen Konvention geschaffen werden; die Staaten müssten dann noch bilateral entscheiden, dass sie diesen anwenden wollen.

Die Schweiz wehrt sich nicht gegen den automatischen Informationsaustausch, wenn dieser ein globaler Standard wird. Voraussetzung sind aber gleich lange Spiesse, weshalb etwa auch die Frage der Trusts geklärt werden muss, mit denen der am Vermögen wirtschaftlich Berechtigte verschleiert werden kann. Laut OECD-Bericht sollen auch Bankinformationen von Trusts und Stiftungen automatisch ausgetauscht werden. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sagte am Samstag in Moskau, die Schweiz poche auf Reziprozität, also Gegenseitigkeit zwischen Staaten beim Austausch von Daten. Die US-Teilnehmer seien davon irritiert gewesen. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble zeigte sich erfreut über die erzielte Konkretisierung eines globalen AIA-Standards. Er könne sich vorstellen, dass die Arbeiten der EU zur Erweiterung der Zinsbesteuerung durch den OECD-Prozess beschleunigt und teilweise überholt würden, sagte er. Gleichzeitig erklärte auch Schäuble, dass Reziprozität für ihn Voraussetzung sei. Der amerikanische Finanzminister habe ihm dazu wiederholt versprochen, alles daranzusetzen, dass der US-Kongress dies auch für die USA ermögliche.

Der neue AIA-Standard soll auf der Amtshilfekonvention in Steuerfragen des Europarats und der OECD aufbauen, weshalb die G-20 alle Staaten, welche dies noch nicht getan haben, zu deren baldiger Unterzeichnung auffordert. Im Gegensatz zu den G-20 Staaten hat die Schweiz dies noch nicht getan.

## **Neue «schwarze Listen»?**

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure beauftragten schliesslich in Moskau auch noch das der OECD angegliederte Global Forum zu Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen, die Umsetzung des Informationsaustausches zu begleiten und Ratings zu verteilen, inwieweit die Mitgliedstaaten (zu denen die Schweiz gehört) die entwickelten Standards erfüllen. Hier taucht am Horizont die Gefahr neuer «schwarzer Listen» auf.

Das Global Forum untersucht bereits in einem zweistufigen Prozess, ob ihre Mitglieder die Voraussetzung für Transparenz und den Informationsaustausch auf Anfrage erfüllen. Die Schweiz wurde als einziges Land «unter Bedingungen» zur zweiten Stufe zugelassen, weil Bern versprochen hat, die in der ersten Stufe festgestellten Mängel bald zu beheben. Dabei geht es primär um die Möglichkeit, in bestimmten Fällen ein Gesuch um Informationsaustausch auch zu behandeln, ohne den Betroffenen vorher zu informieren, und

um die Identifikation der Besitzer von Inhaberaktien. Widmer-Schlumpf sagte, die Schweiz arbeite intensiv daran, hier Fortschritte zu erzielen.

Alle anderen Industrieländer erfüllen die erste Stufe der Global-Forum-Prüfung bereits. Die Schweiz verharrt derzeit faktisch in der ersten Stufe in illustrierter Gesellschaft mit Botswana, Brunei, Dominica, Guatemala, Libanon, Liberia, den Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Panama, Trinidad und Tobago, den Arabischen Emiraten und Vanuatu.